

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur ersten Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .		XXV
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i> . . . . .		XXVII
 <b>§ 1 Wirtschaft und Verwaltung (Ruthig)</b> . . . . .	1	1
I. Gegenstand und Entwicklung des öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	3	1
1. „Wirtschaftsordnung“ im Unions- und Verfassungsrecht . . . . .	3	1
a) Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes . . . . .	4	2
b) Das offene Prinzip des Unionsrechts . . . . .	6	3
2. Historische Wurzeln . . . . .	8	4
a) Merkantilismus und staatliche Lenkung der Wirtschaft . . . . .	9	5
b) Liberalismus und Gewerbefreiheit . . . . .	11	6
c) Vom Interventionismus zur sozialen Marktwirtschaft . . . . .	14	8
d) Die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes . . . . .	16	9
3. Einflüsse von Wirtschaftswissenschaften und Rechtsvergleichung . . . . .	18	10
II. Öffentliches Wirtschafts- bzw Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	20	12
1. Begriff und Gegenstand . . . . .	20	12
2. Wirtschaftsaufsicht und Wirtschaftsregulierung . . . . .	22	13
3. Wirtschaftslenkung und Marktteilnahme . . . . .	27	19
4. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht . . . . .	29	20
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht als Referenzgebiet des(allgemeinen)Verwaltungsrechts . . . . .	34	23
1. Das öffentliche Wirtschaftsrecht als Motor einer Verwaltungsrechtsmodernisierung . . . . .	34	23
2. Das allgemeine Verwaltungsrecht als Schlüssel zur Strukturierung des öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	36	25
 <b>§ 2 Der unions- und verfassungsrechtliche Ordnungsrahmen (Ruthig)</b> . . . . .	38	26
I. Grundlagen . . . . .	38	26
1. Entwicklungsphasen . . . . .	39	26
2. Unmittelbare Anwendbarkeit und Vorrang des Unionsrechts . . . . .	42	28

II. Die Grundfreiheiten . . . . .	45	30
1. Allgemeine Grundsätze und Lehren . . . . .	49	31
a) Funktion und Anwendungsbereich der Grundfreiheiten . . . . .	50	31
b) Teilnahme am Wirtschaftsleben . . . . .	53	33
c) Grenzüberschreitender Bezug . . . . .	54	33
d) Adressaten der Grundfreiheiten . . . . .	55	33
e) Bereichsausnahmen für die öffentliche Gewalt . . . . .	56	34
2. Die Prüfung der Grundfreiheiten . . . . .	58	35
a) Schutzbereich und Eingriff . . . . .	58	35
b) Die Rechtfertigung von Beschränkungen . . . . .	62	37
c) Das Verhältnis zwischen den Grundfreiheiten (Konkurrenzen) . . . . .	65	38
d) Nationale Spielräume und Kohärenzgebot . . . . .	67	39
3. Die Niederlassungsfreiheit . . . . .	71	42
4. Die Dienstleistungsfreiheit . . . . .	76	44
5. Die Warenverkehrsfreiheit . . . . .	85	47
6. Die Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	87	48
III. Sekundäres Unionsrecht . . . . .	93	51
1. Verordnungen . . . . .	95	52
2. Richtlinien . . . . .	98	55
a) Unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinienbestimmungen . . . . .	100	56
b) Richtlinienkonforme Auslegung . . . . .	101	56
IV. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen:		
Grundrechtlicher Schutz wirtschaftlicher Betätigung . . . . .	103	57
1. Die Funktion der Grundrechte . . . . .	107	58
a) Grundrechte als Abwehrrechte . . . . .	107	58
b) Grundrechte und Schutzpflichten . . . . .	108	59
c) Grundrechte als Teilhaberechte . . . . .	112	60
d) Grundrechte als Auslegungsmaßstab . . . . .	113	61
e) Das Problem der Fiskalgeltung der Grundrechte . . . . .	114	62
f) Grundrechte und Gesetzesvorbehalt . . . . .	117	63
g) Grundrechte und die Umsetzung von Unionsrecht . . . . .	118	64
2. Die Berufsfreiheit (Art. 12 GG) . . . . .	119	65
a) Schutzbereich . . . . .	120	65
aa) Beruf und Gewerbe . . . . .	120	65
bb) Wettbewerb . . . . .	122	67
b) Eingriff und Schutzbereichsbegrenzung . . . . .	123	68
c) Rechtfertigung: Die Drei-Stufen-Lehre als Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	125	69
aa) Beispiele für Beschränkungen der Berufswahl . . . . .	126	69

bb) Beispiele für Beschränkungen		
der Berufsausübung . . . . .	131	72
d) Der Vorbehalt des Gesetzes und seine Reichweite . .	137	75
e) Art. 12 GG als Auslegungsmaßstab . . . . .	140	76
3. Die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) . . . . .	142	77
4. Die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) . .	145	78
a) Zwangsmitgliedschaft in berufsständischen		
Organisationen . . . . .	146	78
b) Rechtspositionen Nichtgewerbetreibender . . . . .	150	80
5. Der Gleichheitssatz . . . . .	151	81
a) Der Gesichtspunkt der Systemgerechtigkeit . . . . .	152	81
b) Materielle Anforderungen . . . . .	155	84
c) Anspruch auf diskriminierungsfreie		
Verfahrensgestaltung . . . . .	156	84
6. Besonderheiten in Fällen mit Bezügen		
zum Recht der Europäischen Union . . . . .	157	85
a) Deutschengrundrechte und EU-Ausländer . . . . .	157	85
b) Die sog. Inländerdiskriminierung . . . . .	160	86
c) Der Anspruch auf den gesetzlichen Richter:		
Verzahnung von Verfassungs- und Unionsrecht im		
Verfassungsbeschwerdeverfahren . . . . .	165	90
7. Sonstige verfassungsrechtliche Bestimmungen . . . . .	167	91
a) Die Unverletzlichkeit der Wohnung . . . . .	167	91
b) Kommunale Selbstverwaltungsgarantie . . . . .	168	92
c) Infrastrukturgewährleistungen . . . . .	169	93
8. Gesetzgebungszuständigkeiten im Bundesstaat . . . . .	170	94
a) Das Recht der Wirtschaft seit		
der Föderalismusreform . . . . .	170	94
b) Recht der Wirtschaft und Ordnungsrecht:		
Das Beispiel des Glücksspielrechts . . . . .	175	96
V. Organisation der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	177	97
1. Verwaltungsorganisation in Deutschland . . . . .	181	98
a) Grundsatz: Verwaltungszuständigkeit		
der Bundesländer . . . . .	181	98
b) Die Bundesauftragsverwaltung . . . . .	182	99
c) Die unmittelbare und mittelbare Bundesverwaltung .	183	99
2. Die Bundesverwaltung: Bundesnetzagentur und BaFin .	188	102
a) Die Bundesnetzagentur . . . . .	188	102
b) Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht		
(BaFin) . . . . .	190	103
c) Ministerielle Weisungen und die „Unabhängigkeit“		
von Regulierungsbehörden . . . . .	191	104
3. Selbstverwaltung der Wirtschaft durch Kammern . . . . .	193	106

4. Die Börse als Anstalt des öffentlichen Rechts . . . . .	195	107
a) Aufsichtsbehörden . . . . .	196	108
b) Die Organisation der Börse . . . . .	197	108
5. Europäische Verwaltungsorganisation . . . . .	199	110
<b>§ 3 Das Gewerberecht (Ruthig) . . . . .</b>	<b>201</b>	<b>114</b>
I. Gewerberechtliche Grundstrukturen . . . . .	201	114
1. Die zentrale Bedeutung des Gewerberechts . . . . .	201	114
2. Das Regelungskonzept der GewO . . . . .	209	115
a) Erlaubnisfreies und zulassungspflichtiges Gewerbe . . . . .	209	115
b) Gewerbearten . . . . .	210	115
c) Das gewerberechtliche Instrumentarium (Überblick) . . . . .	211	115
d) Gewerberechtliche Schlüsselbegriffe . . . . .	212	116
3. Der Begriff des Gewerbes und die Sonderstellung der freien Berufe . . . . .	214	117
a) Erlaubtheit des Gewerbes . . . . .	217	119
b) Gewinnerzielungsabsicht . . . . .	220	121
c) Dauerhaftigkeit . . . . .	223	122
d) Selbstständigkeit . . . . .	225	123
e) Keine Urproduktion . . . . .	226	123
f) Kein freier Beruf . . . . .	228	124
g) Keine Verwaltung eigenen Vermögens . . . . .	230	124
4. Die grenzüberschreitende Gewerbeausübung von EU-Ausländern . . . . .	232	125
a) Einschränkung der Anzeige- und Genehmigungspflichten . . . . .	235	126
b) Umgehungsverbote . . . . .	237	127
c) Begriff der Niederlassung . . . . .	239	128
d) Die Zuständigkeit deutscher Behörden für ein Einschreiten . . . . .	241	129
5. Das Verwaltungsverfahren . . . . .	245	131
a) Genehmigungsfiktion . . . . .	245	131
b) Einheitliche Stelle . . . . .	246	132
6. Der Begriff der Zuverlässigkeit . . . . .	247	132
a) Der Begriff der Unzuverlässigkeit und seine Funktion . . . . .	247	132
b) Allgemeine Grundsätze . . . . .	250	133
c) Unzuverlässigkeit beim Verstoß gegen gewerbebezogene Vorschriften . . . . .	252	134
d) Sonstige Verstöße gegen Strafvorschriften . . . . .	254	135
e) Fehlende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit . . . . .	257	136
f) Förderung der Unsittlichkeit . . . . .	258	137
g) Sonstige Tatsachen . . . . .	259	137
h) Zuverlässigkeit und Sachkunde . . . . .	260	137

i) Vertiefung: Persönlicher Anknüpfungspunkt der Unzuverlässigkeitsprüfung . . . . .	261	138
7. Der Gewerbetreibende . . . . .	263	139
a) Juristische Personen und Personengesellschaften als Gewerbetreibende . . . . .	263	139
b) Stellvertretung im Gewerberecht . . . . .	268	143
c) Die Strohmannproblematik . . . . .	269	144
II. Die Kontrolle des stehenden Gewerbes . . . . .	270	144
1. Anzeige der Aufnahme eines stehenden Gewerbes (§ 14 GewO) . . . . .	270	144
a) Umfang der Anzeigepflicht . . . . .	273	145
b) Verweigerung der Gewerbeanzeige . . . . .	277	146
c) Verweigerung der Bestätigung der Gewerbeanzeige . . . . .	279	147
2. Die Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit (§ 35 GewO) . . . . .	281	148
a) Ausübung eines erlaubnisfreien, stehenden Gewerbes . . . . .	286	149
b) Tatsachen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbe- treibenden oder eines Betriebsleiters begründen . . . . .	289	150
c) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme . . . . .	296	153
d) Rechtsfolgen . . . . .	297	154
e) Die Gewerbeuntersagung gegenüber Vertretungsberechtigten bzw Betriebsleitern . . . . .	300	155
3. Die Zulassung (erlaubnispflichtiger) gewerblicher Tätigkeiten (§§ 30–34e GewO) . . . . .	302	156
a) Beispiele für erlaubnispflichtige Gewerbe . . . . .	304	156
b) Die gewerberechtliche Erlaubnis . . . . .	310	161
c) Erlöschen der Erlaubnis, insbesondere durch Widerruf . . . . .	314	163
d) Einschreiten gegen nicht erlaubte (aber erlaubnispflichtige) Betriebe . . . . .	315	163
e) Sonderfall: Zulässigkeit einer Maßnahme nach § 15 Abs. 2 GewO bei bloß formeller Illegalität? . . . . .	318	165
f) Feststellende Verwaltungsakte . . . . .	319	166
4. Gewerberecht und allgemeines Polizeirecht am Beispiel des genehmigungsbedürftigen Gewerbes . . . . .	320	166
a) Einschreiten gegen einzelne Formen der Gewerbeausübung . . . . .	320	166
b) Einschreiten gegen gewerberechtlich unzulässige Tätigkeiten . . . . .	321	167
5. Die Vollstreckung von Gewerbeuntersagung (§ 35 Abs. 1 GewO) und Stilllegungsverfügung (§ 15 Abs. 2 GewO) . . . . .	323	168
a) Überblick über die Zwangsmittel nach dem LVwVG . . . . .	325	169

b) Das Verhältnis von Zwangsvollstreckung und Grundverfügung . . . . .	327	170
c) Die Vollstreckung ohne zugrundeliegende Grundverfügung (sofortiger Vollzug) . . . . .	328	170
6. Auskunft und Nachschau (§ 29 GewO) . . . . .	333	172
a) Auskunft . . . . .	334	172
b) Nachschaurechte . . . . .	335	173
III. Das Reisegewerbe (§§ 55 ff GewO) . . . . .	336	173
1. Genehmigungsbedürftige Formen des Reisegewerbes . . . . .	339	174
a) Die erfassten Tätigkeiten . . . . .	340	174
b) Ohne vorhergehende Bestellung . . . . .	343	175
c) Außerhalb der Niederlassung . . . . .	344	176
2. Die Reisegewerbekarte . . . . .	347	177
a) Allgemeines . . . . .	347	177
b) Erteilung . . . . .	349	178
c) Widerruf . . . . .	351	179
d) Betreiben eines Gewerbes ohne die erforderliche Reisegewerbekarte . . . . .	353	180
IV. Die Zulassung von Märkten (§§ 64 ff GewO) . . . . .	354	180
1. Anwendungsbereich der Vorschriften . . . . .	357	181
a) Festsetzungsfähige Veranstaltungen . . . . .	358	182
b) Veranstalter . . . . .	361	183
2. Die Festsetzung eines Marktes und ihre Wirkungen . . . . .	363	184
a) Rechtsnatur der Festsetzung und Rechtsschutz . . . . .	363	184
b) Reichweite der Regelung: Die Marktprivilegien . . . . .	364	185
c) Der Anspruch auf Festsetzung eines Marktes . . . . .	365	186
3. Das Recht auf Teilnahme an festgesetzten Veranstaltungen . . . . .	370	187
a) Grenzen des Teilnahmeanspruches . . . . .	370	187
b) Vergabekriterien in Knappheitssituationen . . . . .	371	188
c) Verwaltungsverfahren . . . . .	377	190
d) Rechtsschutzfragen . . . . .	379	191
aa) Rechtsnatur der Rechtsbeziehungen zwischen Veranstalter und Marktteilnehmer und Rechtsweg . . . . .	379	191
bb) Die in Betracht kommenden Klagearten . . . . .	381	192
4. Märkte und Volksfeste als kommunale Einrichtungen . . . . .	384	194
5. Marktgewerbe und Dienstleistungsfreiheit (Art. 57 AEUV) . . . . .	388	195
V. Gewerbeordnung und E-Commerce . . . . .	389	196
1. Anwendbarkeit deutschen Gewerberechts auf in- und ausländische Gewerbetreibende . . . . .	389	196

2. GewO und Internetsachverhalte am Beispiel von § 34b GewO und Internetauktionen . . . . .	392	197
3. Einbeziehung ausländischer Online-Angebote? . . . . .	397	201
<b>§ 4 Das Gaststättenrecht (Ruthig) . . . . .</b>	<b>399</b>	<b>203</b>
I. Gaststättenrecht als Gewerberecht . . . . .	404	204
II. Die Anwendbarkeit des GastG – Der Gaststättenbegriff . . . . .	406	205
1. Gewerbsmäßigkeit und die Ausnahmen . . . . .	407	205
2. Stehendes Gewerbe . . . . .	410	207
3. Allgemeine Zugänglichkeit des Betriebes . . . . .	413	208
4. Betriebstypen . . . . .	414	208
III. Die Erlaubnispflicht . . . . .	416	209
1. Reichweite der Erlaubnispflicht . . . . .	417	209
a) Die Abgrenzung von erlaubnisfreiem und erlaubnispflichtigem Gaststättengewerbe . . . . .	417	209
b) Gaststättenrechtliches Nebengewerbe . . . . .	419	210
c) Vorläufige und vorübergehende Ausübung des Gaststättengewerbes . . . . .	420	211
2. Gaststättengenehmigung als personengebundene Erlaubnis . . . . .	421	211
a) Der Betreiber als grundsätzlich Erlaubnispflichtiger . . . . .	423	212
b) Die Stellvertretung . . . . .	424	213
3. Gaststättenerlaubnis als betriebsartbezogene Genehmigung . . . . .	427	213
4. Der Raumbezug der Gaststättenerlaubnis . . . . .	430	215
IV. Die Versagung einer Gaststättenerlaubnis . . . . .	431	215
1. Der Versagungsgrund der persönlichen Unzuverlässigkeit (§ 4 Abs. 1 Nr 1 GastG) . . . . .	432	215
a) Alkoholmissbrauch . . . . .	434	216
b) Der Unsittlichkeit Vorschub leisten . . . . .	435	216
2. Raumbezogene Versagungsgründe . . . . .	436	217
a) Eignung der Räumlichkeiten . . . . .	437	218
b) Anforderungen zum Schutz der Allgemeinheit . . . . .	439	218
c) Das Verhältnis von baurechtlichem und gaststättenrechtlichem Verfahren . . . . .	440	218
V. Nebenbestimmungen zur Erlaubnis . . . . .	443	220
1. Gesetzliche Vorbehalte für Nebenbestimmungen . . . . .	443	220
2. Insbesondere Auflagen . . . . .	445	220
VI. Rücknahme und Widerruf einer Gaststättenerlaubnis (§ 15 GastG) . . . . .	448	222
1. Die gaststättenrechtliche Regelung in § 15 GastG . . . . .	448	222
2. Die Anwendbarkeit der allgemeinen Vorschriften . . . . .	451	223

VII. Das Einschreiten gegen das erlaubnisfreie Gaststättengewerbe . . . . .	453	224
VIII. Die Schließung einer Gaststätte . . . . .	457	225
<b>§ 5 Das Handwerksrecht (Ruthig) . . . . .</b>	<b>463</b>	<b>228</b>
I. Die Entwicklung der HwO bis zur Reform von 2004 . . . . .	466	228
II. Das zulassungspflichtige Handwerk (Anlage A) . . . . .	469	231
1. Die Eintragung in die Handwerksrolle . . . . .	469	231
2. Die sachlichen Voraussetzungen der Eintragung (Eintragungsbedürftigkeit) . . . . .	472	232
a) Stehendes Gewerbe . . . . .	472	232
b) Zulassungspflichtiges Handwerk . . . . .	474	234
c) Wesentliche Tätigkeit . . . . .	476	234
d) Handwerksmäßiger Betrieb . . . . .	479	236
e) Die erfassten Betriebsformen (Haupt-, Neben-, Hilfsbetrieb) . . . . .	480	236
3. Die persönliche Eintragungsfähigkeit . . . . .	483	237
a) Eintragung mit qualifizierter Betriebsleitung . . . . .	483	237
b) Die Eintragung von Altgesellen (§ 7b HwO) . . . . .	485	238
c) Ausnahmegewilligungen (§ 8 HwO) . . . . .	487	239
d) Besonderheiten für EU-Ausländer (§ 9 HwO) . . . . .	489	240
III. Die Überwachung des zulassungspflichtigen Handwerks . . . . .	491	240
1. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Handwerkskammer und Verwaltungsbehörde . . . . .	491	240
2. Die Eintragung . . . . .	493	241
a) Das Verfahren der Eintragung . . . . .	493	241
b) Maßnahmen der höheren Verwaltungsbehörde bei Unterlassen der Anmeldung . . . . .	495	242
3. Löschung aus der Handwerksrolle . . . . .	496	242
4. Betriebsuntersagung . . . . .	500	244
5. Betriebsschließung . . . . .	502	245
6. Die ergänzende Anwendung des Gewerberechts . . . . .	504	245
IV. Zulassungsfreies Handwerk und handwerksähnliche Gewerbe (Anlage B) . . . . .	507	246
<b>§ 6 Grundzüge einer sektorenspezifischen Regulierung (Ruthig) . . . . .</b>	<b>509</b>	<b>247</b>
I. Einführung . . . . .	509	247
1. Referenzgebiete und Rechtsgrundlagen . . . . .	509	247
a) Regulierungsrecht als richtliniengeprägtes Recht . . . . .	510	248
b) Rechtsgrundlagen des nationalen Regulierungsrechts . . . . .	511	250
2. Europäisierte Wirtschaftsregulierung . . . . .	514	252
a) Europäisierung als Publizierung . . . . .	514	252
b) Europäisierung als Ökonomisierung . . . . .	516	253



c) Europäischer Regulierungsverbund . . . . .	517	253
3. Ziele staatlicher Regulierung . . . . .	519	256
a) Schaffung von Wettbewerb . . . . .	519	256
b) Sicherstellung der Versorgung . . . . .	520	257
c) Verbraucher- bzw Kundenschutz . . . . .	523	259
II. Verwaltungs- und verwaltungsprozessuale Grundlagen . . .	524	260
1. Gegenstände und Instrumente bzw Handlungsformen . .	526	261
a) Präventive Kontrolle von Marktzutritt, Marktverhalten und Organisation . . . . .	526	261
b) Handlungsformen im Regulierungsrecht . . . . .	527	262
2. Rechtsschutz . . . . .	532	265
a) Öffentlichrechtliche Streitigkeiten . . . . .	532	265
b) Die Sonderzuweisung im Energierecht: Die Beschwerde nach § 75 EnWG . . . . .	534	266
aa) Statthaftigkeit . . . . .	535	266
bb) Beschwerdeberechtigung (Abs. 2) und Beschwer . . . . .	539	268
c) Gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	542	269
aa) Das sog. Regulierungsermessen . . . . .	542	269
bb) Beschränkung der Beurteilungsgrundlage durch den Schutz von Betriebs- und Geschäfts- geheimnissen im gerichtlichen Verfahren . . . . .	543	270
III. Die Regulierung des Marktzutritts . . . . .	544	271
1. Historische Entwicklung . . . . .	547	272
2. Anzeigepflichten . . . . .	549	273
a) Telekommunikationsunternehmen (§ 6 TKG) . . . . .	549	273
b) Anzeige der Energiebelieferung von Haushaltskunden (§ 5 EnWG) . . . . .	552	275
3. Genehmigungspflichten . . . . .	554	276
a) Betrieb eines Energieversorgungsnetzes (§ 4 EnWG) .	554	276
b) Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (§§ 1, 32–38 KWG) . . . . .	557	277
aa) Die geschäftsbezogene Anknüpfung der Erlaubnispflicht (§ 1 Abs. 1, 1a KWG) . . . .	558	278
bb) Der Inlandsbezug und Internet-Sachverhalte . . .	561	279
cc) Entscheidungen nach § 4 KWG . . . . .	563	280
dd) Befreiung nach § 2 Abs. 4 KWG . . . . .	564	281
ee) Maßnahmen bei nicht erlaubtem Betreiben von Bankgeschäften . . . . .	566	281
ff) Exkurs: Der Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen . . . . .	568	282
c) Die Frequenzvergabe als Beispiel einer staatlichen Allokationsentscheidung . . . . .	570	284
aa) Das Verteilungsverfahren bei Frequenzknappheit	572	285

e) Konsequenzen der Grundrechtsrelevanz öffentlicher Unternehmen . . . . .	716	346
4. Zulässigkeitsvoraussetzungen für öffentliche Unternehmensbeteiligungen . . . . .	720	348
a) Wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Unternehmen . . . . .	722	349
b) Das Erfordernis eines öffentlichen Zwecks . . . . .	723	349
c) Geeignetheit der Aufgabenauslagerung auf Unternehmen . . . . .	725	350
d) Art und Umfang des Unternehmens in Abhängigkeit zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf . . . . .	726	350
e) Die Subsidiaritätsbestimmung . . . . .	727	351
5. Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Gesellschaftsrecht . . . . .	730	354
a) Die Präferenz der öffentlichen Hand für privatrechtliche Gesellschaftsformen . . . . .	731	355
b) Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen in Privatrechtsform . . . . .	735	356
c) Das Verwaltungsgesellschaftsrecht . . . . .	741	359
d) Das Kommunalunternehmen . . . . .	744	360
III. Die europarechtlichen Rahmenbedingungen für öffentliche Unternehmen . . . . .	745	361
1. Grundsätzliche Einordnung öffentlicher Unternehmen . . . . .	745	361
2. Öffentliche Unternehmen und Grundfreiheiten . . . . .	749	363
3. Öffentliche Unternehmen als Dienstleister im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse . . . . .	751	363
a) Das Wettbewerbsbeschränkungsverbot des Art. 106 Abs. 1 AEUV . . . . .	751	363
b) Die Sicherstellung gemeinwirtschaftlicher Dienste im Binnenmarkt nach Art. 106 Abs. 2 AEUV . . . . .	753	364
<b>§ 9 Subventions- und Beihilfenrecht (Storr) . . . . .</b>	<b>765</b>	<b>370</b>
I. Das Subventionsrecht . . . . .	765	370
1. Überblick . . . . .	765	370
2. Der Subventionsbegriff . . . . .	767	370
a) Übersicht über mögliche Begriffsbestimmungen . . . . .	767	370
b) Der Subventionsgeber . . . . .	771	372
c) Der Subventionsempfänger . . . . .	773	372
d) Die Subventionsleistungen . . . . .	775	373
e) Zur Anforderung „ohne marktmäßige Gegenleistung“ . . . . .	779	375
f) Förderung öffentlicher Zwecke . . . . .	780	375
3. Die Grundlagen der Subventionsvergabe . . . . .	783	376
a) Zuständigkeit zur Subventionsvergabe . . . . .	789	377

b) Rechtsgrundlage für Verschonungssubventionen und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers . . . . .	796	379
c) Rechtsgrundlage für Finanzhilfen und Entscheidungsrahmen der Behörde . . . . .	799	380
d) Zur Änderung der Förderbedingungen durch die Behörde . . . . .	821	388
e) Zur rechtlichen Qualifikation des Subventionsvergabeverfahrens . . . . .	827	390
f) Die Subventionskontrolle . . . . .	837	393
g) Rechtsschutz durch Konkurrenten . . . . .	839	393
4. Die Änderung und Aufhebung von gesetzlich geregelten Verschonungssubventionen . . . . .	841	394
5. Der Widerruf von rechtmäßig bewilligten Subventionen wegen Zweckverfehlung . . . . .	848	396
a) Anwendungsbereich von § 49 VwVfG . . . . .	851	397
b) Der zu widerrufende Bewilligungsbescheid . . . . .	854	398
c) Der Tatbestand der Zweckverfehlung . . . . .	856	398
d) Das intendierte Widerrufsermessen . . . . .	862	401
e) Der Adressat des Widerrufsbescheids . . . . .	864	401
f) Inhalt des Widerrufsbescheids . . . . .	865	402
g) Widerrufsfrist . . . . .	866	402
6. Der Widerruf von rechtmäßig bewilligten Subventionen aus anderen Gründen . . . . .	869	404
a) Anwendungsbereich des Widerrufs nach § 49 Abs. 2 VwVfG . . . . .	869	404
b) Die Widerrufsgründe des § 49 Abs. 2 VwVfG . . . . .	871	404
c) Besondere Vorgaben bei einem Widerruf nach § 49 Abs. 2 VwVfG . . . . .	877	406
d) Weitere Widerrufstatbestände . . . . .	881	406
7. Die Rücknahme von rechtswidrig bewilligten Subventionen . . . . .	882	407
a) Anwendungsbereich des § 48 VwVfG . . . . .	884	407
b) Zum Vertrauensschutz in § 48 Abs. 2 VwVfG . . . . .	887	408
c) Zum Rücknahmeermessen . . . . .	896	411
8. Die Rückerstattung von Subventionen . . . . .	898	411
a) Der Erstattungsbescheid . . . . .	901	412
b) Der Erstattungsanspruch nach § 49a VwVfG als besonders geregelter Fall des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs . . . . .	904	413
c) Zum Umfang der Herausgabepflicht . . . . .	906	414
d) Verzinsung . . . . .	909	415
9. Die Rückforderung von aufgrund öffentlich-rechtlichen Vertrages gewährter Subvention . . . . .	911	416
10. Die Rückforderung vorläufig bewilligter Subventionen . . . . .	915	417

II. Das europäische Beihilfenrecht	916	417
1. Beihilfen und Binnenmarkt	916	417
2. Der Beihilfenbegriff	920	418
a) Begünstigung	929	420
b) Staatlicher oder aus staatlichen Mitteln gewährter Vorteil	937	424
c) Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige	947	427
d) Wettbewerbsverfälschung	951	427
e) Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	955	430
3. Legalausnahmen, Art. 107 Abs. 2 AEUV	958	430
a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher	961	431
b) Katastrophenbeihilfen	962	431
c) Beihilfen, die ihren Grund in der Teilung Deutschlands haben	964	432
d) Sonderfall: Beihilfen im Verkehrsbereich	965	432
4. Ermessensausnahmen, Art. 107 Abs. 3 AEUV	966	433
a) Ermessensspielraum der Kommission	966	433
b) Regionalbeihilfen	971	435
c) Sektorale Beihilfen	974	436
d) Horizontale Beihilfen	975	437
e) Sonderrechtsregime zur Überwindung der Finanzkrise	978	438
5. Das Verfahren der Beihilfenkontrolle	981	440
a) Notifizierungspflicht bei der Kommission	984	440
b) Grundzüge des Genehmigungsverfahrens	986	441
c) Das Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen	992	443
d) Die Beteiligten des Beihilfenkontrollverfahrens	1013	451
e) Rechtsschutz	1015	451
f) Altbeihilfen	1021	455
<b>§ 10 Das Recht der öffentlichen Auftragsvergabe (Storr)</b>	1022	456
I. Systematik des Vergaberechts	1022	456
1. Überblick	1022	456
2. Grundstruktur des Vergaberechts	1024	456
a) Die Beschaffung als privatrechtlicher und als haushaltsrechtlicher Vorgang	1024	456
b) Die europäischen Vergabe-Richtlinien	1028	458
c) Grundstruktur des geltenden Vergaberechts	1030	459
II. Der Anwendungsbereich des GWB, der öffentliche Auftraggeber und der öffentliche Auftrag	1036	462
1. Anwendungsbereich des GWB	1041	462
2. Der öffentliche Auftraggeber	1042	463
a) Der institutionelle Auftraggeber	1042	463

b) Der funktionale Auftraggeber . . . . .	1044	463
c) Der Sektorenauftraggeber . . . . .	1049	465
d) Der projektbezogene Auftraggeber . . . . .	1051	467
3. Der öffentliche Auftrag . . . . .	1053	467
a) Entgeltlicher Vertrag . . . . .	1053	467
b) In-house-Vergaben . . . . .	1057	468
c) Liefer-, Dienstleistungs- oder Bauaufträge bzw Auslobung . . . . .	1064	472
d) Dienstleistungskonzession . . . . .	1065	473
III. Grundsätze des Vergabeverfahrens . . . . .	1067	475
1. Der Wettbewerbsgrundsatz . . . . .	1067	475
2. Der Transparenzgrundsatz . . . . .	1068	475
3. Der Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	1069	475
4. Das Gebot, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen . . . . .	1070	476
5. Der Grundsatz der Bieterqualifikation . . . . .	1071	476
6. Das Mittelstandsförderungsgebot . . . . .	1074	477
7. Die Einräumung subjektiver Rechte . . . . .	1075	477
a) Rechtslage oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	1075	477
b) Rechtslage unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	1076	477
IV. Das Verfahren der Auftragsvergabe . . . . .	1080	479
1. Arten von Vergabeverfahren . . . . .	1081	480
a) Das offene Verfahren . . . . .	1082	480
b) Das nicht-offene Verfahren . . . . .	1083	480
c) Das Verhandlungsverfahren . . . . .	1087	481
d) Der wettbewerbliche Dialog . . . . .	1088	482
e) Die Rahmenvereinbarung . . . . .	1089	482
f) Elektronische Auktion und dynamische Beschaffung . . . . .	1090	482
2. Grundstruktur des Ablaufs eines Vergabeverfahrens . . . . .	1091	482
a) Bekanntmachung, Vorinformation . . . . .	1092	483
b) Die Vergabeunterlagen . . . . .	1093	483
c) Die Angebotsabgabe . . . . .	1094	484
d) Das Prüfungs- und Bewertungsverfahren . . . . .	1095	484
e) Der Zuschlag . . . . .	1099	486
3. Beschaffungsfremde Kriterien . . . . .	1102	487
V. Das fehlerhafte Vergabeverfahren . . . . .	1109	491
1. Rechtsschutz . . . . .	1111	492
a) Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	1111	492
b) Rechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	1116	494
2. Schadensersatzansprüche des übergangenen Bieters . . . . .	1124	498
a) Der Schadensersatzanspruch aus § 126 GWB . . . . .	1124	498
b) Weitere Schadensersatzansprüche . . . . .	1125	498

3. Sonderprobleme . . . . .	1128	499
a) Das Problem der De-facto-Vergabe . . . . .	1128	499
b) Aufhebung der Ausschreibung . . . . .	1129	499
<i>Stichwortverzeichnis</i> . . . . .		501